

**ELECTRIFYING IDEAS FOR  
EUROPE**

Positionen zur Europawahl 2024

## Über die Elektro- und Digitalindustrie

Die Elektro- und Digitalindustrie ist – nach Beschäftigten – die zweitgrößte Industriebranche Deutschlands, global aufgestellt und weltweit vernetzt. Sie beschäftigt derzeit über 900.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer allein im Inland. 2023 lag der Umsatz der Branche bei knapp 240 Milliarden Euro. Gut die Hälfte der Auslandslieferungen der Elektro- und Digitalindustrie verbleibt in der Europäischen Union (EU). Mit ihren Innovationen in den Bereichen Components, Consumer, Energie, Gebäude, Gesundheit, Industrie und Mobilität tragen die Unternehmen der Branche entscheidend zur Dekarbonisierung von Wirtschaft, Gesellschaft und Staat bei.

Die bevorstehende Europawahl im Juni 2024 markiert eine wichtige Weichenstellung für uns als europäische Gesellschaft sowie für die europäische Industrie. Wir haben bedeutende Herausforderungen vor uns, darunter die dringend erforderliche Stärkung Europas im geopolitischen Kontext, die Ausweitung unserer Resilienz und Wettbewerbsfähigkeit sowie die Einigung auf Maßnahmen zum Klimaschutz und den Umgang mit neuen Technologien.



Um diesen Herausforderungen weiterhin mit eigener Wirtschaftskraft zu begegnen, ist es unerlässlich, den EU-Binnenmarkt zu stärken, zu harmonisieren und intelligent weiterzuentwickeln. Dabei sollte das komplexe Regelwerk für Unternehmen vereinfacht werden, um die Umsetzung zu erleichtern. Um es klar zu sagen: Ich erwarte mir für die nächste Legislatur weniger europäische Überbürokratisierung wie beim Lieferkettengesetz oder der KI-Regulierung. Politische Initiativen – wie gut sie auch gemeint sein mögen – müssen in der Realität für Unternehmen aller Größen umsetzbar sein. Ich wünsche mir stattdessen ein Europa, das die Potenziale der Elektrifizierung, Digitalisierung und Automatisierung erkennt, insbesondere vor dem Menschheitsziel der Dekarbonisierung. Europa darf sich nicht mehr selbst im Weg stehen, sondern muss mehr Räume für Innovationen schaffen.

Als Elektro- und Digitalindustrie sind wir der festen Überzeugung, dass die nächste EU-Kommission eine Kommission für Wettbewerbsfähigkeit, globale Partnerschaften und europäische Resilienz sein muss. Die Stärkung von Schlüsseltechnologien zur Erreichung der Klimaziele und die Weiterentwicklung der europäischen Energieinfrastruktur müssen in der nächsten Legislatur zu den großen Schwerpunkten gehören. Die Europäische Union wird ihr volles Potenzial nur entfalten, wenn sie ihre Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen durch pragmatische Lösungsansätze unterstützt.

Im Folgenden präsentieren wir unsere Ideen für ein zukunftsfähiges Europa, die dazu beitragen sollen, unseren Kontinent zu stärken und voranzubringen – unsere **electrifying ideas for Europe**.

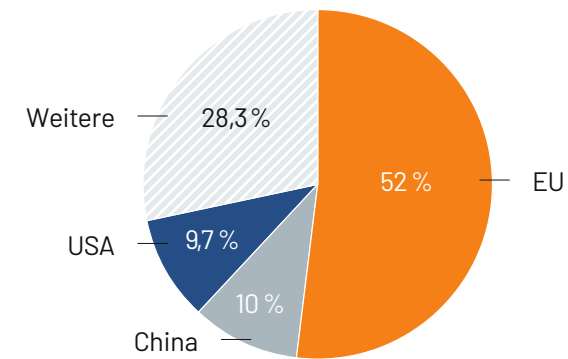
A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'G. Kegel'. The signature is fluid and cursive.

Ihr  
Dr. Gunther Kegel, Präsident des ZVEI

# 1. Für mehr Wettbewerbsfähigkeit

**Die neue Kommission muss eine Kommission für Wettbewerbsfähigkeit sein, denn:** Der Motor für Wachstum und Wohlstand Europas ist ein funktionierender Binnenmarkt. Von diesem sowie einem lebhaften Wettbewerb im Inneren hängt der wirtschaftliche Erfolg der EU ab. Damit er aber auch zu mehr Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den anderen Weltregionen führen und so sein volles Potenzial entfalten kann, ist die Harmonisierung hin zu einer einheitlichen und kohärenten Regulierung und damit die Abschaffung nationaler Ausnahmeregelungen entscheidend. Dies muss allerdings mit großer Umsicht und im Rahmen des Umsetzbaren bleiben. Derzeit zeigen die Bestrebungen der Vereinheitlichung durch die EU eine vermehrt gegenteilige Wirkung: Die vielen Regulierungen und häufig auch deren Ausgestaltung überfordern Unternehmen – egal ob großer Konzern oder mittelständische Unternehmen – wie Mitgliedstaaten und sind von ihnen kaum in den vorgegebenen Zeiträumen umzusetzen. Wirtschaftliche Aktivitäten in der EU sind dadurch im internationalen Wettbewerb benachteiligt – fast immer trifft dies die europäischen Unternehmen am härtesten, die doch eigentlich der Binnenmarkt stärken soll. Deshalb muss der von der EU-Kommission vor vielen Jahren etablierte „New Approach“, der die technische Harmonisierung nationaler gesetzlicher Vorschriften für Produktgruppen im EU-Binnenmarkt vorantreiben soll, wieder stärker in den Vordergrund rücken: Es braucht mehr Rahmenregulierungen und weniger Detailvorschriften.

Der EU-Binnenmarkt ist der größte Exportmarkt der Elektro- und Digitalindustrie



Mehr als die Hälfte der Exporte der Elektro- und Digitalindustrie nimmt der EU-Binnenmarkt auf. 2023 waren das 133 Mrd. Euro, die gesamten Elektroexporte hatten ein Volumen von 256 Mrd. Euro. Danach folgen China mit 25,6 Mrd. Euro und die USA mit rund 25 Mrd. Euro.

Quelle: destatis und ZVEI-eigene Berechnungen

## Regulierungs-Tsunami entschärfen

- **Gesetze konsolidieren und Kohärenz schaffen:** Das verpflichtende Prinzip aller Regulierungen in der EU muss lauten „weniger ist mehr“ bzw. Qualität über Quantität. Insbesondere im Digitalisierungsbereich muss nun eine Phase der Konsolidierung und Kohärenz einsetzen, kein „weiter so“ mit immer neuen Gesetzgebungsinitiativen. Allein in der vergangenen Legislatur wurden unter anderem der Data Act, AI Act, der Cyber Resilience Act und Digital Markets Act auf den Weg gebracht bzw. beschlossen. In den kommenden Jahren braucht es nun Zeit für die Umsetzung und notwendige Nachjustierungen. Unternehmen benötigen Unterstützung bei der Implementierung – das gilt inhaltlich, in manchen Fällen aber auch finanziell durch zielgerichtete Förderungen. Nur so kann sich die Wirkung der Gesetzesakte entfalten. Die neue Kommission muss sich dessen bewusst sein und durch besonnenes Handeln den Unternehmen im europäischen Binnenmarkt mehr Klarheit und Investitionssicherheit schaffen.
- **Einheitlichen Regulierungsansatz schaffen, nationale Alleingänge verhindern:** Die EU muss den Binnenmarkt energischer schützen, indem sie sich gegen gesetzgeberische Maßnahmen auf nationaler Ebene in Bereichen einsetzt, in denen die EU bereits über einschlägige Regelungen verfügt oder solche plant. Dem Abbau von Ausnahmeregelungen der Mitgliedstaaten muss Priorität eingeräumt werden.

- **EU-Recht durchsetzen, Marktüberwachung stärken:** Wenn Mitgliedstaaten das EU-Recht nicht einhalten, muss entschieden dagegen vorgegangen werden. So müssen, wenn nationale Gesetzgebung gegen den Binnenmarkt verstößt, Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet werden. Insbesondere bei Kennzeichnungsvorschriften muss dies greifen: Dort wo EU-weite Vorgaben auf den Weg gebracht sind, müssen eigene Vorhaben einzelner Mitgliedsstaaten aufgehoben werden. Wir schlagen dafür einen regelmäßigen und strukturierten Dialog mit den EU-Institutionen und der Wirtschaft in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten vor, um unnötige Unterschiede – wie es u. a. bei nationalen Labels für Elektrogeräte und ihren Verpackungen oder audiovisuellen Medien der Fall ist – bei der Umsetzung des EU-Rechts zu vermeiden. Darüber hinaus ist eine einheitliche und effektive Marktüberwachung auch bei Anbietern aus Drittländern erforderlich, da ansonsten auch eine immer weitreichendere Regulierung weiterhin ins Leere läuft und Wettbewerbsverzerrungen entstehen.

## Hohe Bürokratiekosten sind Nachteil für den Standort

50 %

der anfallenden Bürokratiekosten in deutschen Unternehmen gehen auf EU- und internationale Regulierungen zurück.



Quelle: Normenkontrollrat / Ludwig-Erhard-Stiftung

## Regulierungen entschlacken

- **Komplexität reduzieren und Doppelregulierung vermeiden:** EU-Regulierung sollte gut agierende Unternehmen fördern statt behindern. Unternehmen müssen aus den bestehenden Regulierungen klar ableiten können, welche Vorschriften für sie gelten. Unklare Gesetzgebung bedeutet mehr Unsicherheit für Unternehmen. Daher müssen alle Legislativvorschläge der EU auf Überschneidungen und Widersprüche mit bestehenden oder geplanten Rechtsvorschriften überprüft werden und Unternehmen und Verbände frühzeitig in Regulierungsvorhaben eingebunden werden. Bei allen produktbezogenen Regulierungsvorschlägen sind die Maßnahmen

nach dem SMERC-Prinzip zu erstellen (specific, measurable, enforceable, relevant, competitive). In der vergangenen Legislatur wurde eine Vielzahl von Regulierungen verabschiedet, die in ihrer Umsetzung nicht nur staatliche Akteure vor Herausforderungen stellen, sondern auch die Industrie gleich auf mehreren Ebenen betrifft. Die Komplexität der Anforderungen hat sowohl technisch als auch organisatorisch zugenommen, gleichzeitig begrenzen der Fachkräftemangel und die unsichere geopolitische Lage die für die Umsetzung zur Verfügung stehenden Ressourcen. Hierfür bedarf es einer Unterstützung der Industrie, die von Guidelines zur Regulierungsumsetzung (etwa bei Data Act und AI Act) über Förderungen der Umsetzung gerade für kleinere und mittlere Unternehmen (KMU) (z. B. bei der NIS-2-Richtlinie) bis hin zu Maßnahmen zur Fachkräftegewinnung reichen muss. Anderenfalls ist zu befürchten, dass aus den durchaus gut gemeinten Regulierungsinitiativen ernstzunehmende Nachteile im internationalen Wettbewerb entstehen.

Beispielsweise muss der europäische CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichsmechanismus (CBAM) kritisch evaluiert werden. Europäische Klimapolitik muss Hand in Hand mit der Sicherung der industriellen Wertschöpfung gehen. Der CBAM muss in seiner Einführungsphase bis 2026 hinsichtlich seiner Wirkung auf den Wirtschaftsstandort beobachtet und mit Blick auf Auswirkungen auf Handelsströme und europäische Wertschöpfungsstrukturen evaluiert werden. Die Einführungsphase muss als tatsächliche Lehrzeit genutzt werden – Praktikabilität und voraussichtliche Wirkung müssen realistisch betrachtet und Vorschriften gegebenenfalls wirksam verändert werden. Die betroffenen Unternehmen und ihre Lieferanten wie auch die nationalen und europäischen Überwachungsbehörden sollten Freiraum für die (Weiter-)Entwicklung und Implementierung der notwendigen Prozesse bekommen – auf möglichst schlanke und effiziente Weise. Die EU-Kommission sollte die notwendige Datenerhebung und -kommunikation in außereuropäischen Lieferländern mit geeigneten Initiativen unterstützen und politisch flankieren.

- **Innovationsräume schaffen, Berichtspflichten der Unternehmen reduzieren:** Eine zunehmende Herausforderung ist die wachsende Zahl von Gremien und Institutionen, mit denen sich Unternehmen im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit abstimmen oder denen sie Bericht erstatten müssen. Überzogene Berichtspflichten sind für alle Unternehmen ein Kostentreiber und Nachteil im internationalen Wettbewerb. Gerade KMU sind darüber hinaus nur schwer in der Lage, die steigenden Berichtspflichten zu erfüllen. In der Nachhaltigkeitsberichterstattung etwa haben KMU ähnliche Berichtspflichten wie Großunternehmen, obwohl ihr spezifischer Aufwand und Ressourcenbedarf deutlich höher sind. Die Berichtsstandards sollten deshalb vereinfacht sowie Leitfäden bereitgestellt werden, damit Unternehmen ihre Nachhaltigkeitsberichte rechtssicher erstellen können. Insgesamt muss die Richtschnur dabei das informelle Ziel der Kommission sein: Die Reduktion der Berichtspflichten um 25 Prozent – um damit auch wieder mehr Raum für Innovation zu schaffen.

## Umsetzbarkeit von Regulierungen sicherstellen

- **Übergangsfristen und Ziele angemessen setzen:** Insbesondere bei neuen Digitalregulierungen, bei denen auf alle Akteure neue Anforderungen zukommen, müssen ausreichende Fristen von 36 bis 48 Monaten angesetzt werden. Gerade mit Blick auf die Zahl der zu erstellenden oder überarbeitenden Normen, dem Regulierungsgegenstand und der Frage, ob für die Konformitätsbewertung unter einer neuen Regulierung Drittstellen einbezogen werden müssen, besteht hier aus unserer Sicht dringender Handlungsbedarf. Zudem sollte im Vorfeld im Austausch mit der Industrie eine kritische Prüfung hinsichtlich der Umsetzbarkeit der Vorschriften und Ziele stattfinden.
- **Herstellereklärungen statt Einbindung von Prüfstellen oder Zertifizierung:** Die Herstellereklärung ist ein bewährtes Instrument, um Produkte im europäischen Binnenmarkt in Verkehr zu bringen. Die Einbindung von Prüfstellen oder Zertifikate sollte die absolute Ausnahme bleiben und das höhere Risikopotenzial, das diese Notwendigkeit erfordert, über objektive Kriterien (z. B. Unfallstatistiken) begründet werden.

## Faire Wettbewerbsbedingungen schaffen

- **Einheitlichen und gleichberechtigten Marktzugang schaffen:** Faire Wettbewerbsbedingungen in der EU bei gleichzeitiger Vermeidung von Inländerdiskriminierung durch übermäßige regulatorische Anforderungen für in der EU ansässige Unternehmen stärken den Standort Europa und sind ein Anreiz für Unternehmen, ihre Geschäftstätigkeit in der EU zu halten und auszubauen. Zugleich muss sich die europäische Handelspolitik konsequent für fairen und diskriminierungsfreien Zugang zu außer-europäischen Märkten einsetzen.
- **Engen Dialog halten:** Die Elektro- und Digitalindustrie unterstützt das EU Anti Coercion Instrument (ACI), das auf deeskalierenden Dialog und erst in letzter Instanz auf Abschreckung setzt. Besondere Bedeutung sehen wir im regelmäßigen Austausch der EU-Kommission mit Mitgliedstaaten und Stakeholdern sowie die unbedingte Vermeidung von Unterbrechungen der Handelswege und Lieferketten.

## Strategisch-politischen Normungsansatz und unternehmensgetriebene Normung zusammenführen

- **Unternehmensgetriebenes Normungssystem stärken, internationale Anbindung sicherstellen:** Im Fokus muss dabei insbesondere die Verbesserung der Prozesse zur Erstellung von harmonisierten europäischen Normen stehen. Zudem muss die Parallelität mit internationalen Normen und Normungsprozessen sichergestellt sein. Gemeinsame Spezifikationen, die außerhalb des Systems der europäischen Normungsorganisationen erarbeitet werden, sollten nur als letztes Mittel angewandt werden und einheitlich über die relevanten Regulierungen geregelt werden (analog dem Wortlaut in der EU-Maschinen-Verordnung).
- **Normung als Teil des Innovationssystems begreifen:** Dass Normung und Standardisierung Teil des Innovationsprozesses sind, sollte auch im EU-Beihilferecht (AGVO) klargestellt werden. Wir schlagen vor, nationale Förderinitiativen zur Stärkung des Engagements in der Normung beihilferechtlich zu ermöglichen, etwa in Form einer steuerlichen Normungsförderung, wie zuletzt in Deutschland diskutiert.
- **NLF wieder stärker als EU Regulierungs-Leitmotiv nutzen:** Das New Legislative Framework als Rahmenregulierungsmodell hat sich aufgrund des technologie-neutralen Ansatzes hinsichtlich des schnellen und permanenten Technologiefortschritts bewährt. Es muss daher wieder stärker die Grundlage für Regulierungen bilden, um auch auf die neuen Anforderungen, die sich unter anderem durch die Digitalisierung und Kreislaufwirtschaft ergeben, zu reagieren.

## 2. Für mehr Resilienz

**Die neue Kommission muss auch eine Kommission für globale Partnerschaften und europäische Resilienz sein, denn:** Freier, fairer und regelbasierter Handel sind die zentralen Elemente einer globalen Zusammenarbeit. Tarifäre und nicht-tarifäre Handelsbarrieren müssen konsequent abgebaut werden. Dazu müssen kontinuierlich multilaterale Beziehungen gestärkt und strategische politische sowie wirtschaftliche Partnerschaften eingegangen werden. In den kommenden Jahren wird dies, wie auch der Schutz vor unlauteren Handelspraktiken und die Reduzierung einseitiger Abhängigkeiten, von höchster Bedeutung sein. Politik und Wirtschaft müssen hier eng zusammenarbeiten. Freihandelsabkommen (FTAs) sind dabei für die auf Außenwirtschaft und internationale Handelsbeziehungen ausgerichtete EU die beste Form eines verbindlichen und verlässlichen Rahmens. Sie muss daher ihre Handelsagenda auf Ergebnisse ausrichten, neue FTAs mit anderen Regionen und Ländern auf Augenhöhe verhandeln und diese rasch umsetzen.

## Handelspotenziale nutzen, Umsetzung von Freihandelsabkommen beschleunigen

- **Handelspolitik proaktiver gestalten, FTAs beschleunigen:** Zur Steigerung der eigenen Wettbewerbsfähigkeit und Resilienz muss die EU mit möglichst vielen Drittstaaten und Regionen Abkommen schließen. Aus unserer Sicht haben folgende FTAs Priorität: Mercosur, Australien, Indien sowie weitere Länder in der Asien-Pazifik-Region, u. a. Philippinen, Malaysia, und Thailand. Auch mit afrikanischen Ländern braucht es eine engere Kooperation im Rahmen konkreter Projekte, zum Beispiel über die Global Gateway-Initiative.

Zukünftige Abkommen sollten als „EU-only“ gestaltet und ausschließlich durch EU-Parlament und -Rat ratifizierbar aufgebaut werden. Zusätzliche Ratifizierungen durch Mitgliedstaaten oder sogar regionale Parlamente sind nicht mehr zeitgemäß und verhindern eine rasche Realisierung der Handelsbeziehungen. Sollten sich hier nationale Widerstände halten, schlagen wir vor, einen neuen Mechanismus zu finden, wie Europaparlament und nationale Parlamente bei FTAs stärker zusammenarbeiten können. Strikt voneinander zu trennen sind dabei FTAs und Investitionsschutzabkommen.

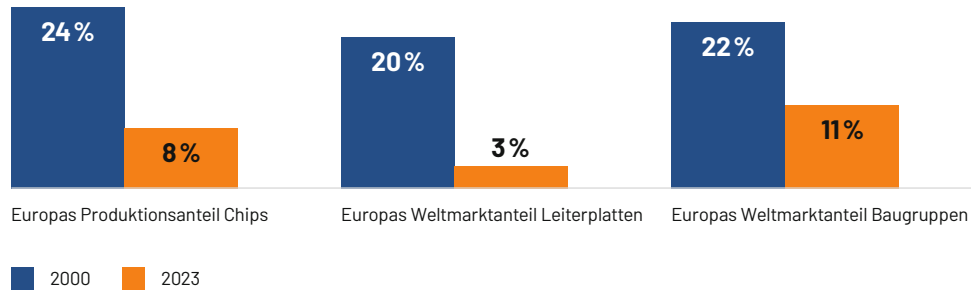
## Schlüsseltechnologien made in Europe stärken, wichtige Märkte im Fokus halten

- **Strategischer Ausbau des (Mikro-)Elektronik-Ökosystems:** Der bisherige Fokus auf den Wettbewerb im EU-Binnenmarkt muss um den Blick auf den internationalen Wettbewerb erweitert werden („global playing field“). Der Erhalt und die Ansiedlung von Schlüsselbranchen wie Mikroelektronik, Batterien, Leiterplatten (PCB) oder Elektronikfertigung (EMS) sind essenziell.
- **EU Chips Act als erster wichtiger Schritt:** Die Europäische Kommission hat den EU Chips Act ins Leben gerufen, mit dem Ziel, den aktuellen Anteil der weltweiten Halbleiterproduktion in Europa von unter zehn Prozent auf 20 Prozent zu erhöhen. Die hierdurch beschlossenen Maßnahmen unterstützen wir explizit. Im Rahmen des global kompetitiven (Subventions-)Umfelds ist aber zur Erreichung des genannten Ziels darüber hinaus eine Verstärkung der Förderung und nachhaltige Optimierung der Standortbedingungen (u. a. Strompreise, Fachkräfte, Deregulierung) notwendig. Um die Produktionskapazitäten langfristig zu stärken, ist auch eine Reform des EU-Wettbewerbsrechts unabdingbar.

- **Stärkung des Elektronik-Ökosystems:** Über den EU Chips Act hinaus müssen wir in den strategischen Aufbau eines Elektronik-Ökosystems investieren, um die gesamte Wertschöpfungskette abzudecken. Als eine Säule hierfür sollte der Net Zero Industry Act (NZIA) dienen. Er schafft die Voraussetzungen für weitere Investitionen in strategisch wichtige Technologien – unter anderem für Transformationstechnologien, die essenziell für die Dekarbonisierung und die Digitalisierung unserer Industrie und Gesellschaft sind. Neben Halbleitern sollten hierüber insbesondere auch Leiterplatten und die Elektronikfertigung als unverzichtbare Bestandteile des Elektronik-Ökosystems adressiert werden.

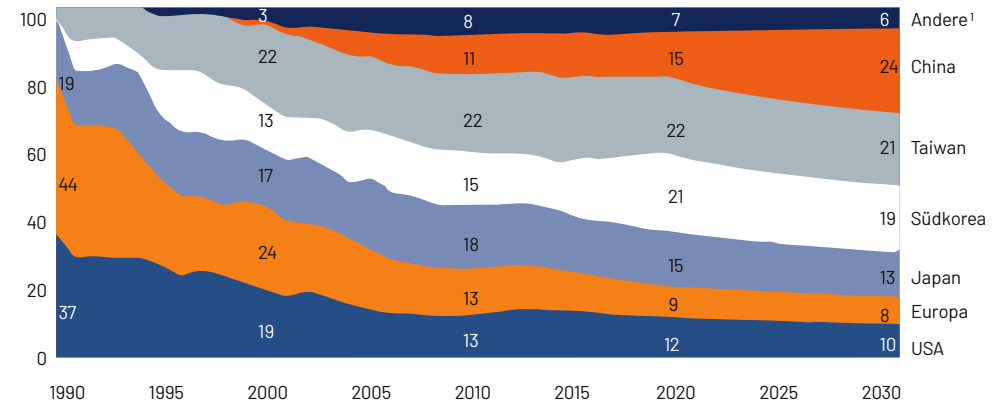
- **IPCEI ausbauen und beschleunigen:** Es werden weitere Important Project of Common European Interest (IPCEIs) für den Bereich (Mikro-)Elektronik benötigt. IPCEIs müssen entbürokratisiert, Verfahren beschleunigt werden.

### Elektronik-Ökosystem in Europa zum Comeback verhelfen



Anteil an EU-Produktion und Weltmarkt im Jahr 2000 vs. heute  
Quelle: ZVEI/SEMI/BCG

Globale Produktionskapazitäten von Chips nach Standort (%)



<sup>1</sup> Israel, Singapur und die restliche Welt

Quelle: VLSI Research projection; SEMI second-quarter 2020 update; BCG analysis

### Strategische Partnerschaften ausbauen, Handelspartner diversifizieren

- **Einseitige Abhängigkeiten verringern, Resilienz erhöhen:** Um einseitige strategische Abhängigkeiten zu reduzieren, muss die EU die Diversifizierung der Handelspartner vorantreiben. Rohstoffabkommen, strategische Partnerschaften und andere multilaterale Verträge helfen dabei, die EU resilienter zu machen. Das EU-Lieferketten-gesetz (EU CSDDD) wurde aus den richtigen Motiven heraus entwickelt, steht dem Ansatz der Diversifizierung von Partnern und Lieferketten aber diametral entgegen und verhindert eine notwendige Diversifizierung. Es kommt nun auf die Umsetzung in den Mitgliedstaaten an.

- **China – Chancen nutzen, Herausforderungen annehmen, Risiken managen:** Dieser Grundsatz muss im Umgang mit China gelten. Die Bedeutung des chinesischen Markts fordert von den Unternehmen der Elektro- und Digitalindustrie, auch in Zukunft in diesem weltweit größten Elektromarkt präsent zu sein unter dem Motto „stay relevant, stay engaged, but de-risk“. Um den regelmäßigen politischen und wirtschaftlichen Austausch zwischen China und der EU zu gewährleisten, braucht es regelmäßige Gesprächsformate. Die Mitgliedstaaten der EU sollten ihre Zusammenarbeit mit China eng koordinieren und die diversen nationalen Chinastrategien besser aufeinander abstimmen. Auf jeder Gesprächsebene muss gelten: „Sing the same song.“ Das Comprehensive Agreement on Investment (CAI) zwischen der EU und China ist nicht mehr zeitgemäß – der Ratifizierungsprozess sollte komplett gestoppt werden.

- **EU-US Partnerschaft stärken und mittelfristig Handelsabkommen ausarbeiten:** Die enge transatlantische Partnerschaft zwischen der EU und den USA sollte auch in Zukunft fortgesetzt und ausgebaut werden. Der TTC hat nach einer längeren Phase des Stillstands den Willen zu gemeinsamen Lösungen unterstützt und bislang wichtige Themen adressiert. Mittelfristig wäre ein umfassendes EU-USA Handelsabkommen aber der bessere Rahmen. Die neue EU-Kommission sollte die Bereitschaft dazu mit der neuen politischen Führung der USA nach den Wahlen im Herbst 2024 ausloten. Dabei muss sich die EU rechtzeitig auf unterschiedliche politische Szenarien und Prioritätensetzungen einstellen.

## Fachkräfte für den grünen und digitalen Wandel sichern

- **Fachkräfte mobilisieren, attraktive Arbeitsbedingungen schaffen:** Um dem zunehmenden Fachkräftemangel in allen Bereichen in der Elektro- und Digitalindustrie entgegenzuwirken, müssen weitere Kräfte mobilisiert werden, um ausreichend Menschen in Europa auszubilden und gleichzeitig eine verstärkte Zuwanderung von Fachkräften nach Europa zu ermöglichen. Investitionen in Ausbildung und Weiterqualifizierung sind entscheidend für die Transformation hin zu einer digitalen und grünen Wirtschaft.

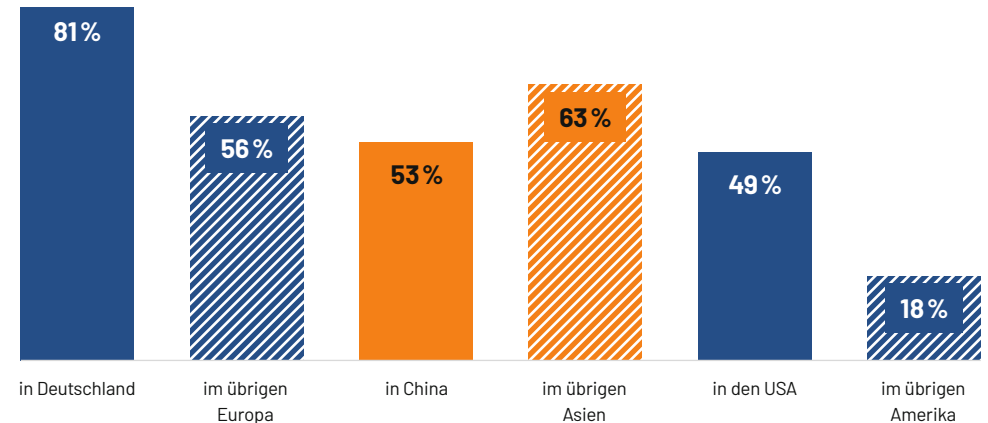
## Bessere Balance zwischen Wirtschaftssicherheit und Unternehmertum schaffen

- **Mit wirtschaftlicher Sicherheitsstrategie unternehmerisches Engagement unterstützen, nicht behindern:** Die umfassende European Economic Security Strategy ist grundsätzlich ein guter Rahmen zur Steigerung der wirtschaftlichen Sicherheit. Bei sogenannten „Kritischen Technologien“ müssen sich Kommission und Mitgliedstaaten auf Vorgaben für eine sehr eng gesteckte Anzahl an Bereichen der kritischen Infrastrukturen – bei Energie, Gesundheit und Sicherheit – konzentrieren.

- **Inbound Investment Screening sinnvoll, aber neue bürokratische Auflagen für Unternehmen vermeiden:** Ein Screening von Inbound Investments kann Europas Resilienz durch mehr Transparenz über ausländische Investitionen stärken und eine engere Zusammenarbeit innerhalb Europas schaffen. Das Screening muss aber durch die EU-Kommission und die Mitgliedstaaten geschehen, um neue bürokratische Auflagen für Unternehmen zu vermeiden. Gleiches gilt für einen möglichen Outbound Investment Screening Mechanismus, zu dem die EU-Kommission ein erstes Weißbuch veröffentlicht und eine Konsultation gestartet hat.

Deutschland und Europa sind bevorzugter Investitionsstandort der Elektro- und Digitalindustrie – jetzt weitere Anreize schaffen

„In welchen Regionen bzw. Ländern wollen Sie vorrangig investieren?“  
(Mehrfachnennung möglich)



Quelle: ZVEI-Mitgliederbefragung zu Investitionen, Januar 2024



### 3. Für mehr Elektrifizierung

**Auch die nächste Kommission muss eine Energiewende-Kommission sein, denn:** Damit sich Europa zu einem klimaneutralen und gleichzeitig wirtschaftlich erfolgreichen Kontinent entwickelt, sind tiefgreifende Veränderungen in allen Wirtschafts- und Lebensbereichen notwendig – vom Wohnen über die Mobilität bis hin zu Industrie und Landwirtschaft. Insbesondere die Transformation des Energie- und Wirtschaftssystems bedeutet eine enorme politische, soziale und ökonomische, aber notwendige Herausforderung. Gleichzeitig hat sie das Potenzial, die Attraktivität des Standorts Europa zu steigern. Bei vorausschauender politischer Begleitung können sich für europäische Hersteller ein Vorsprung bei Transformationstechnologien und neue Marktchancen ergeben. Bei allen sektorspezifischen Überlegungen und Maßnahmen bilden die Steigerung der Energieeffizienz und die Dekarbonisierung des Energiesystems die Eckpfeiler auf dem Weg zur Realisierung der klimapolitischen Ziele 2030 und 2050. Daher wird Strom aus erneuerbaren Energien, direkt genutzt oder in Form von Power-to-X-Technologien, der entscheidende Energieträger des künftigen Systems sein.

### Strom zum attraktivsten Energieträger machen

- **Energie- und Stromsteuer reformieren:** Im Zuge der geplanten Überarbeitung der Energiesteuerrichtlinie (2003/96/EG) sollte eine Differenzierung der Steuersätze bzw. möglicher Befreiungen entsprechend der Umweltwirkung in der Bereitstellung und Verwendung des jeweiligen Energieträgers erfolgen. Der europäische Mindeststeuersatz für Strom muss dabei so festgesetzt werden, dass Strom – insbesondere regenerativ erzeugter – zu den am geringsten besteuerten Energieträgern gehört – für alle Verbraucherguppen. Der Umstieg auf klimafreundliche Technologien kann so deutlich angereizt werden.

### Wettbewerbsfähiges Strommarktdesign entwickeln

- **Anreize richtig setzen:** Die europäische Rahmensetzung für das Strommarktdesign muss weiterhin daran arbeiten, zum einen eine ausreichende Erlösbasis für Erneuerbare-Energien-Anlagen wie auch notwendige Backup-Kapazitäten zu schaffen und zum anderen attraktive Strompreise zu erzielen. Vor allem muss der Rahmen so gesetzt werden, dass Investitionen in den Ausbau und Einsatz von Speichern, Flexibilitätsoptionen und strombasierte Technologien zur Sektorkopplung wirtschaftlich konkurrenzfähig und attraktiv werden. Bei der Ausgestaltung von Kapazitätsinstrumenten sollten diese diskriminierungsfrei neben Erzeugungskapazitäten stehen.

### Energieinfrastruktur europäisch denken

- **Resilienz des Energiesystems stärken:** Die Weiterentwicklung und Digitalisierung europäischer Energienetze – Strom, Gas, Wasserstoff – stärkt den Energiebinnenmarkt, die Diversifizierung von Lieferquellen und die Resilienz des Energiesystems insgesamt. Daher sollten grenzüberschreitend die Planung und der Ausbau der Netze für alle Energieträger vorangetrieben werden. Dabei sollten künftige Bedarfe und Einsatzmöglichkeiten der einzelnen Energieträger vor dem Hintergrund der Klimaziele möglichst realistisch eingeschätzt werden, um die Kosten im Rahmen zu halten. Der Investitionsbedarf wird daher primär bei Stromnetzen liegen. Diese Überlegungen schließen aber auch eine europäische CO<sub>2</sub>-Infrastruktur mit ein.
- **Diversifizierung der Energielieferquellen koordinieren:** Die EU sollte die Mitgliedstaaten bei ihren Anstrengungen zur Diversifizierung von Energielieferquellen (Strom, LNG, H<sub>2</sub>, Power to Liquid) unterstützen. Mit dem Ziel, die Versorgungssicherheit sowie günstige Preise zu gewährleisten, kann die EU hier eine koordinierende Rolle einnehmen. Lock-In-Effekte fossiler Energieträger sollten dabei vermieden werden.

- **Voraussetzungen für Investitionen in Produktionskapazitäten für die Energiewende schaffen:** Um die Integration der erneuerbaren Energien in das europäische Stromnetz und die weitere Elektrifizierung des Energieverbrauchs erfolgreich umsetzen zu können, ist europaweit ein erheblicher Ausbau der Stromübertragungs- und Verteilnetze dringend nötig. Die dafür notwendigen Technologien sind vorhanden und die europäischen Unternehmen sind Technologieführer. Um die erforderlichen Produktionskapazitäten für die benötigten Transformationstechnologien in Europa und für Europa zu schaffen, braucht es Anreize für die Ansiedlung und den Ausbau eben dieser. Es braucht ein Level-Playing-Field im Vergleich zu weltweiten Wirtschaftsräumen, damit auch bereits etablierte Unternehmen und Technologieführer ihre Kapazitäten in Europa weiter ausbauen. Erhalt und Ausbau der relevanten Produktionskapazitäten für diese Transformationstechnologien erfordern neben hohen Investitionen auch qualifiziertes Personal.

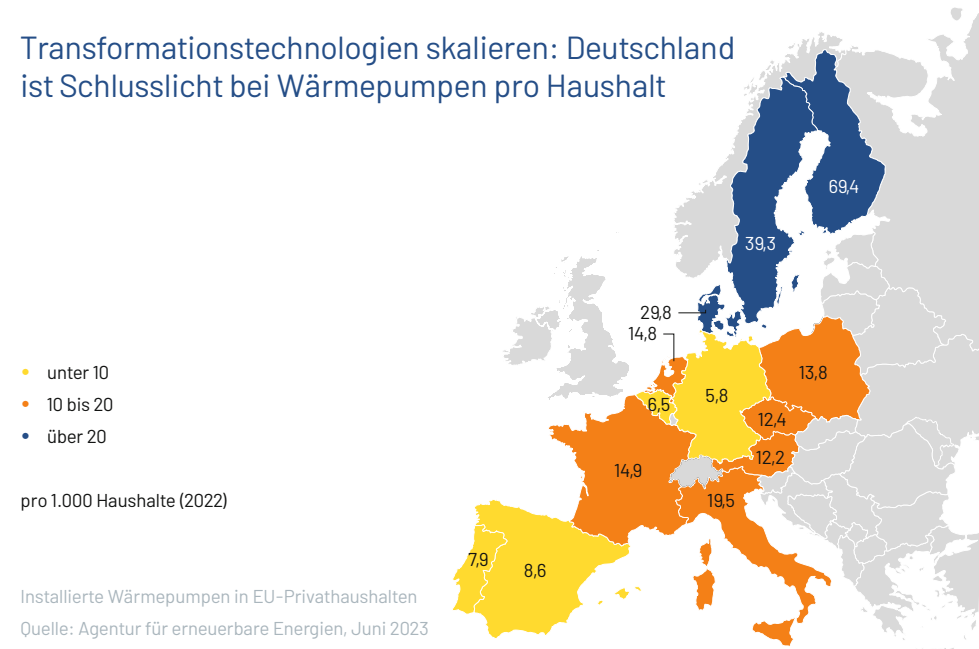
## Energieeffizienz rauf, CO<sub>2</sub>-Ausstoß runter

- **Energieeffizienz systemisch denken und europäisch verankern:** Energieeffizienz wird wie unter anderem auch Ökodesign-Vorgaben bislang häufig auf Produkt- oder Anlagenebene betrachtet. So richtig hier weitere Effizienzsteigerungen sind, so notwendig ist die Erweiterung des Effizienzbegriffs auf eine systemische Ebene. Im künftigen Energiesystem werden noch viel stärker und systemischer Flexibilität und Lastverschiebepotenziale in und zwischen Haushalten, in und zwischen Unternehmen genutzt werden müssen. Hierfür fordern wir, auch auf europäischer Ebene die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen und die Implementierung zu fördern – neben einem befördernden Marktdesign vor allem durch die Unterstützung der Digitalisierung von Infrastrukturen und Prozessen. Denn digitale Lösungen zum Last- und Energiemanagement haben das Potenzial, die Nutzung erneuerbarer Energien zu steigern und effizienter zu gestalten. Daher sollte es in Europa einheitliche Standards zur Kommunikation zwischen Stromnetz, Energiemanagementsystemen und steuerbaren Verbrauchern bzw. Erzeugern geben.
- **Sektorenkopplung und emissionsfreie Mobilität vorantreiben:** Damit die Energiewende gelingt, müssen alle Sektoren zusammenarbeiten mit dem Ziel, die Kopplung der Sektoren Energie, Gebäude und Mobilität in die Tat umzusetzen. Auf dem Weg zur emissionsfreien Mobilität etwa bleibt die Ladeinfrastruktur der wichtigste Treiber für den Umstieg auf die Elektromobilität. Der Aufbau dieser Ladeinfrastruktur ist aber mit besonderen Anforderungen an Flächen, Gebäude, Stromnetz und die Lade- sowie Kommunikationstechnik verbunden. Diese müssen daher systemisch zusammengedacht und integrativ geplant werden. Für eine nachhaltige Umsetzung der Ladeinfrastruktur braucht es dazu also auch eine stärkere Abstimmung mit den Anforderungen der Energiewende sowie dem Aus- und Umbau

des Stromsystems. Insgesamt ist Tempo gefragt – statt übermäßiger EU-Regularien wie verpflichtende Kartenbezahlterminals oder Displays.

- **Gleichstromtechnologie vorantreiben und skalieren:** Mit der Verwendung von Gleichstrom kann der Energieverbrauch in existierenden Anlagen nachweislich um durchschnittlich zehn Prozent gesenkt werden. Zudem kann der Bedarf an Kupfer in Leitungen um etwa 50 Prozent reduziert werden. Gleichstrom bietet damit enorme Vorteile für moderne, industrielle und künftig gegebenenfalls auch andere lokale Stromnetze. Wir plädieren daher dafür, im Rahmen des Green Deals die Einführung von Gleichstrom-Mikronetzen voranzutreiben, so wie dies zurzeit bereits in China erfolgt. Gleichzeitig muss eine europäische Normung und Regulierung entwickelt werden, um die Umsetzungsgeschwindigkeit von Serienanwendungen zu erhöhen.
- **Einsparpotenzial im Gebäude durch Elektrifizierung und Digitalisierung endlich heben:** Intelligente, digitale und elektrische Technologien im Gebäude ermöglichen bis zu 65 Prozent Endenergieeinsparung. Zudem tragen sie dazu bei, erneuerbare Energien sektorübergreifend zur Verfügung zu stellen. Um die europäischen Klimaziele zu erreichen, ist daher eine massive Erhöhung der Renovierungsrate bei den gebäudetechnischen Systemen als Voraussetzung zur Elektrifizierung von Wärme und Mobilität notwendig. Dazu fordern wir, jedes Gebäude in Europa einem „Elektro-Check“ zu unterziehen.

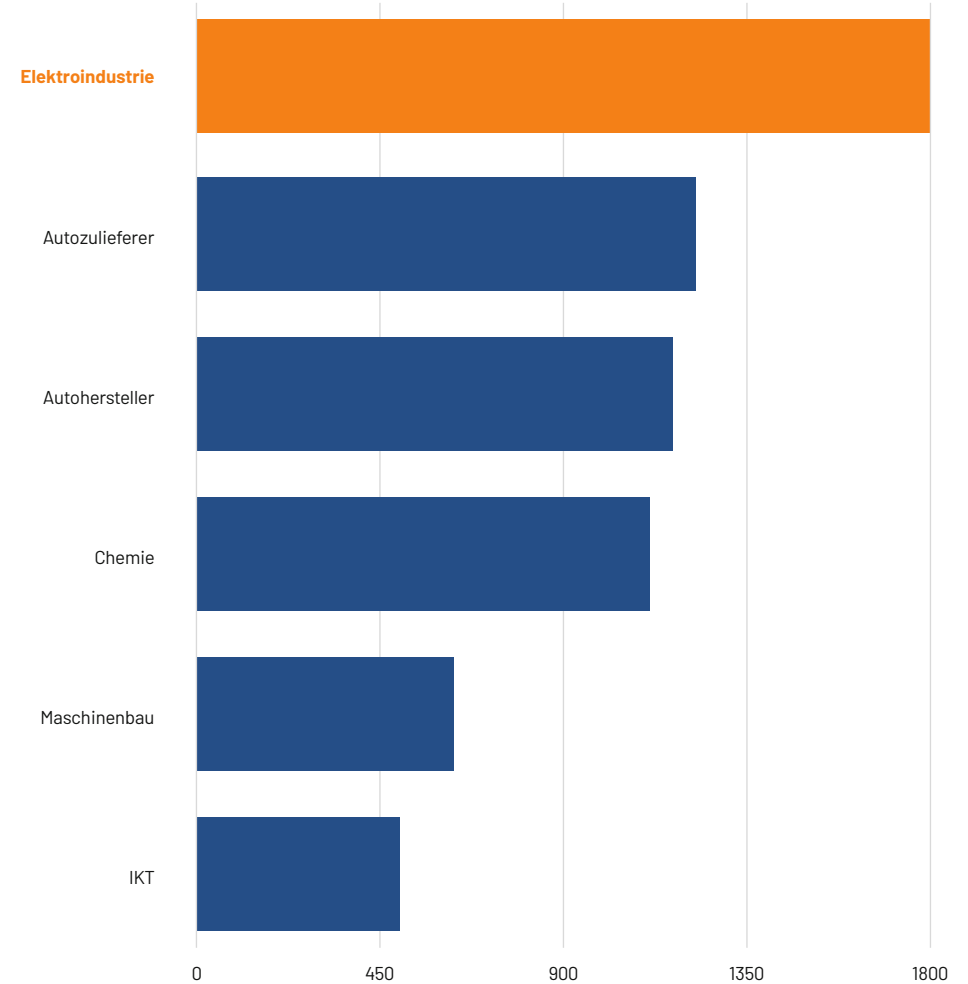
## Transformationstechnologien skalieren: Deutschland ist Schlusslicht bei Wärmepumpen pro Haushalt



## Europa zum Leitmarkt für Transformationstechnologien machen

- **Energiewende made in EU:** Die EU hat sich zum Ziel gesetzt, ein zukunftsfähiges und klimaschonendes Energie- und Wirtschaftssystem zu etablieren. Der Aufbau eines innovations- und investitionsfreundlichen Umfelds für die Entwicklung und Einführung der dafür notwendigen Technologien und Anwendungen hilft nicht nur, dieses Ziel zu erreichen. Es schafft auch die Chance, Europa als Leitmarkt für diese Transformationstechnologien, wie Wärmepumpen, Ladeinfrastruktur oder elektrische Antriebe, zu etablieren und europäischen Herstellern eine starke Position bei der Entwicklung von Zukunftsmärkten zu geben.
- **Transformation des Wärmemarkts vorantreiben:** Wärmepumpen etwa spielen eine Schlüsselrolle bei der Transformation des Wärmemarkts und in der Gebäudesanierung hin zu maximaler Energieeffizienz und der Nutzung von erneuerbaren Energien. Bisher werden 50 Prozent des gesamten Energieverbrauchs der EU für Heizen und Kühlen verbraucht – davon 70 Prozent aus fossilen Quellen. Der Hochlauf der Wärmepumpenproduktion muss daher durch attraktive Standortbedingungen für europäische Hersteller flankiert werden. Planbarkeit und Verlässlichkeit für Investitionsentscheidungen bei Unternehmen und Investoren müssen sichergestellt werden. Zudem wird eine europaweite Aus- und Weiterbildungsoffensive im Handwerk benötigt.
- **Batterietechnologie ausbauen:** Eine weitere Schlüsseltechnologie ist auch die Batterietechnologie. Sie ist eine – auch im NZIA anerkannte – Net-Zero-Technologie und muss vor dem Hintergrund des internationalen Wettbewerbs und massiver Investitionen in anderen Weltregionen weiter aktiv am Standort Europa gefördert werden. Insgesamt muss bei der Ausgestaltung von Investitionsanreizen z. B. durch Förderprogramme die gesamte Wertschöpfungskette betrachtet werden.

## Die Elektroindustrie ist Vorreiter bei Patenten für grüne Technologien



Patente für grüne Technologien 2022 in Deutschland  
Quelle: Bertelsmann Stiftung, Januar 2024

## 4. Für mehr Digitalisierung

Die Digitalisierung war neben dem Streben nach mehr „Greening“ eines der beiden Leitthemen der letzten EU-Kommission. **Auch die kommende Kommission muss eine Kommission für Digitalisierung sein** und die weitere Integration des digitalen Binnenmarkts in diesem Bereich als oberste Priorität setzen. Damit sich die Digitalisierung in den einzelnen Sektoren entfalten kann, müssen maßgeschneiderte Lösungen erarbeitet werden. Wenn notwendig bedarf es spezifischer Regulierungen für einzelne Sektoren, die den besonderen Anforderungen der Branche gerecht werden. Es gilt mithilfe der richtigen Anreize und regulatorischer Anpassungen die EU zu einem attraktiven Markt für Investitionen in digitale Innovationen zu gestalten. Dabei spielen konsistente regulatorische Vorgaben ebenso eine wichtige Rolle wie attraktive Standortbedingungen und eine Grundhaltung, die die Chancen der Digitalisierung in den Fokus nimmt.

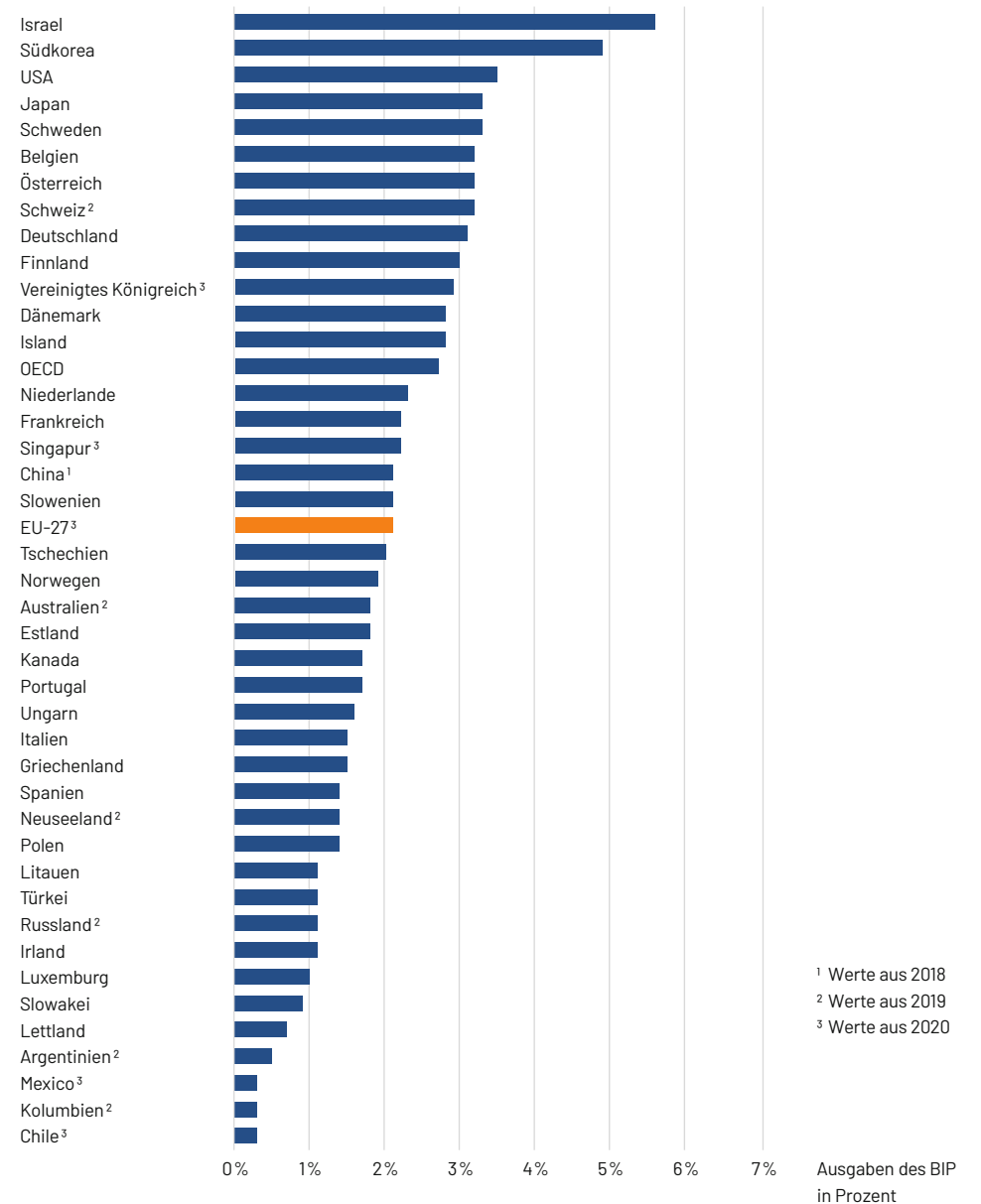
## Datennutzung und -austausch anreizen, Anschlussfähigkeit sicherstellen

- **DSGVO überarbeiten:** Die Überarbeitung der Datenschutzgrundverordnung ist eine längst überfällige Maßnahme. In der jetzigen Form mit dem kategorischen Verbotprinzip passt die Verordnung nicht zu einer modernen, datengetriebenen Wirtschaft und verschließt Innovationsräume.
- **Sektorspezifische Lösungen zulassen, Interoperabilität fördern und fordern:** Der Aufbau und die Vernetzung von Datenräumen muss gefördert werden. Bei Regulierungsvorhaben ist sicherzustellen, dass technische Lösungen zugelassen werden oder auf technischen Standards aufgebaut wird, die in den jeweiligen Sektoren bereits etabliert und anschlussfähig an die entsprechenden Datenräume sind. Beispiele sind der Digitale Produktpass 4.0 (DPP4.0) oder für den Bereich Industrie die Initiative Manufacturing-X, über die die Erfüllung regulatorischer Vorgaben und neue datengetriebene Geschäftsmodelle kombiniert werden können. Gleichzeitig muss eine Interoperabilität zwischen den sektoralen Lösungen sichergestellt werden, damit keine Silos entstehen.
- **Nutzung von Standards:** Inhaber standardessenzieller Patente und Standardimplementierer sollten bei ihren Verhandlungen über die diskriminierungsfreie Nutzung von Standards zu FRAND-Bedingungen (fair, reasonable, and non-discriminatory) beispielsweise durch die Schaffung von Transparenz auf dem europäischen Markt unterstützt werden; eine eventuelle Regulierung sollte die berechtigten Interessen beider Seiten angemessen berücksichtigen.
- **Digitale Betriebsanleitungen endlich in der Breite umsetzen:** Grundsätzlich sollte bei allen neuen Regulierungen darauf geachtet werden, dass Informations- und Dokumentationspflichten ausschließlich digital erfolgen können. Allein in der Produktgruppe der sogenannten Näherungsschalter würden durch eine Umstellung auf eine rein digitale Lösung statt einer Papierdokumentation in Deutschland pro Jahr 1200 Tonnen Papier bzw. 1000 Tonnen CO<sub>2</sub> eingespart.

## Europa als Innovationsstandort für digitale Technologien ausbauen

- Innovationen made in Europe:** Ein attraktiver und innovativer Forschungs- und Entwicklungsstandort ist die Grundvoraussetzung zur erfolgreichen Realisierung der grünen und digitalen Transformation bei gleichzeitiger Schaffung eines wettbewerbsfähigen und resilienten europäischen Binnenmarkts. Die Investitionen in Forschung und Innovation müssen in Europa signifikant erhöht und mindestens auf drei Prozent des BIP angehoben werden, um im globalen Wettbewerb auch zukünftig mithalten zu können (USA: 3,5%, Israel: 5,6%, Südkorea: 4,9% oder Japan: 3,5% des jeweiligen BIP). Da die Mittel primär aus der Wirtschaft kommen, müssen entsprechende Anreize gesetzt werden, wie die steuerliche Normungsförderung.

## Europaweit höhere Anreize für Investitionen in Forschung und Entwicklung schaffen



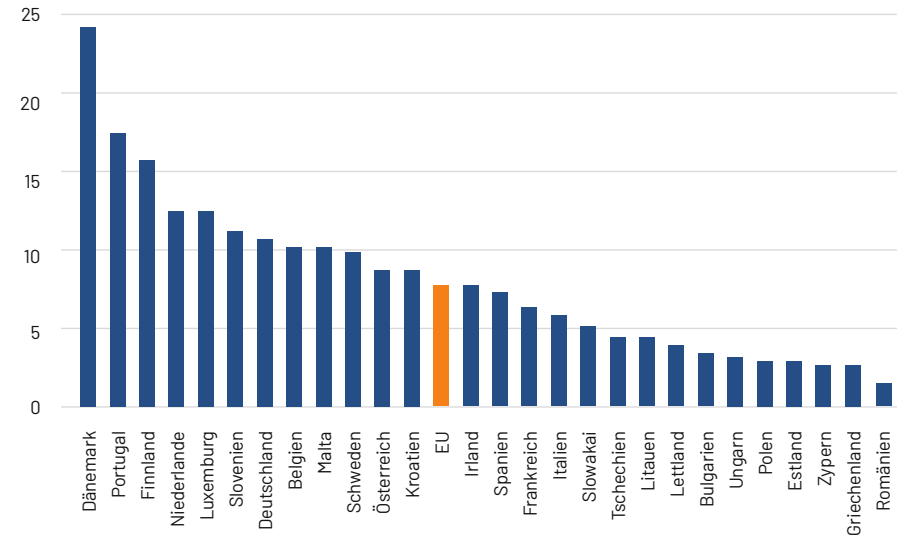
Ausgaben für Forschung und Entwicklung in Prozent des BIP in ausgewählten Ländern im Jahr 2021

Quelle: Statista

## Digitalisierungsstrategie für die Gesundheitsversorgung in Europa entwickeln

- **Vernetzte Gesundheitsversorgung vorantreiben:** Die Gesundheitsversorgung der Zukunft wird individualisiert, digitalisiert und zunehmend präventiv sein müssen, um für alle die bestmögliche Versorgung sicherzustellen. Der Gesundheitsbereich kann daher von der Digitalisierung in besonderem Maße profitieren. Das Zusammenspiel zwischen den leistungsfähigen Gesundheitssystemen der EU und der international wettbewerbsfähigen Industrie in den Bereichen Medizintechnik, Arzneimittel und Biotechnologie bietet dann die Möglichkeit innovative Produkte und Lösungen zu entwickeln und die Gesundheitsversorgung zu verbessern. Die EU kann deshalb durch innovationsfreundliche Regulierung die internationale Führungsrolle bei digitalen Anwendungen und Versorgungsinnovationen im Bereich Gesundheit erreichen, der European Health Data Space (EHDS) kann in diesem Kontext ein Meilenstein werden.
- **EHDS als Rahmen für datenbasierte Gesundheitsversorgung gestalten:** Die Nutzung der Daten im EHDS für Forschung und Entwicklung muss für die Industrie zu verlässlichen, EU-weit harmonisierten Bedingungen mit klar definierten Regeln für das Datenteilen ermöglicht werden. Zentral für die Innovationsfähigkeit in der EU ist zudem der Schutz von geistigem Eigentum und Geschäftsgeheimnissen. Darüber hinaus muss der EHDS als Rahmen für die technische Interoperabilität europäischer Gesundheitsdaten gestaltet werden und dabei sich bereits entwickelnde Aktivitäten der Industrie und anderer Kreise, wie sphin-X, berücksichtigen. Im EHDS-Board sollte folgerichtig auch die industrielle Gesundheitswirtschaft vertreten sein.

## Potenzial der digitalen Geschäftsmodelle heben



Anteil der Unternehmen in den EU-Ländern, die Künstliche Intelligenz nutzen, im Jahr 2023

Im europäischen Vergleich steht Dänemark mit 23,9 Prozent der Unternehmen, die KI nutzen, an der Spitze. Der europäische Durchschnitt für Unternehmen, welche Technologien im Bereich KI nutzen, lag mit 7,9 Prozent deutlich niedriger. Deutschland befindet sich mit 10,6 Prozent über dem EU-Durchschnitt.

Quelle: DESI

## 5. Für mehr Nachhaltigkeit

**Mit Blick auf die Nachhaltigkeit muss die neue Kommission auf Balance setzen, denn:** Die große grüne und digitale Transformation muss das Gleichgewicht zwischen Wettbewerbsfähigkeit, Umwelt- und Klimaschutz und gesellschaftlicher Verantwortung wahren. Mit ihren Technologien ist die Elektro- und Digitalindustrie die Schlüsselbranche für eine nachhaltige Transformation. Die europäische Politik und Gesetzgebung müssen auch hier klare, für die Unternehmen umsetzbare Rahmenbedingungen liefern – praxisnah, konsistent und widerspruchsfrei.

## Kreislaufwirtschaft umsetzen, Gesellschaft für Recycling sensibilisieren

- **Zusammenspiel von Industrie und Gesellschaft fördern:** Die Nachhaltigkeitsziele sollen Verbraucherinnen und Verbraucher schützen und ihnen nachhaltiges Handeln ermöglichen. Aufklärung und Information spielen dabei eine flankierende Rolle, um die politischen Nachhaltigkeitsziele etwa beim Recycling von Rohstoffen gemeinsam zu erreichen. Die Sensibilisierung der Bürgerinnen und Bürger für die Notwendigkeit der Rückgabe ihrer Elektro- und Elektronik-Altgeräte ist von entscheidender Bedeutung für das Schließen von Kreisläufen und muss weiter vorangetrieben werden – gemeinsam von Industrie und Gesellschaft.

## Konsistente Regulierung in der Chemikalienpolitik aufsetzen

- **Chemikalien weiterhin nur risikobasiert regulieren:** Eine undifferenzierte Beschränkung ganzer Stoffgruppen, wie etwa bei PFAS anfangs avisiert, unabhängig vom Risikoprofil einer Anwendung und damit verbundene pauschale Verwendungs- und Vermarktungsverbote gefährden die Produktionsfähigkeit der europäischen Industrie. Die High-Tech-Materialien unserer Branche können nicht ohne funktionale Materialien und Stoffe hergestellt werden. Der chemische Baukasten für Innovationen darf nur beschränkt werden, wenn erkannte Risiken nicht auf andere Weise kontrolliert werden können. Dies betrifft insbesondere auch die in der EU diskutierte Beschränkung von PFAS, einer Stoffgruppe, die rund zehntausend Einzelstoffe umfasst. Ohne diese wäre aber die Herstellung von Schlüsseltechnologien wie beispielsweise Halbleitern für die Energiewende nicht möglich.
- **REACH und RoHS als zentrale Regulierungsinstrumente stärken:** Die nebeneinander existierenden Regulierungen in parallelen europäischen Regelwerken – z. B. in der Ökodesign-Verordnung für nachhaltige Produkte (ESPR), der EU-Verpackungsrichtlinie (PPWD), der Green-Claims-Richtlinie oder der EU-Taxonomie – gefährden eine konsistente Regulierung von Stoffen in Erzeugnissen.
- **Zielkonflikte bei Reparierbarkeit und Rezyklierbarkeit lösen:** Das „repair as produced“-Prinzip muss grundsätzlich im europäischen produktbezogenen Chemikalienrecht verankert werden, damit Produkte nicht vorzeitig zu Abfall werden müssen. Geräte, die heute zu Abfall werden, unterlagen beim Inverkehrbringen anderen chemikalienrechtlichen Regelungen als neu entwickelte Geräte und enthalten sogenannte „legacy substances“, die heute beschränkt sind. Strenge Grenzwerte für beschränkte Stoffe stehen der notwendigen Steigerung des Rezyklateinsatzes entgegen. Dieser Zielkonflikt bedarf einer politischen Lösung.

## Beim Ökodesign Produktspezifika beachten, einheitliche Rahmenbedingungen schaffen

- **Anforderungen abstimmen:** Die Ökodesign-Rahmenverordnung setzt ambitionierte Ziele an das Design von Produkten. Diese Anforderungen aber müssen nun unter anderem mit denen aus dem EU-Chemikalienrecht, der EU-Richtlinie zur unternehmerischen Nachhaltigkeitsberichterstattung (CSRD), der europäischen Lieferkettenrichtlinie (CSDDD) oder der WEEE-Richtlinie über Elektro- und Elektronikaltgeräte abgestimmt, eine inhaltliche Abgrenzung vorgenommen und Begrifflichkeiten über alle Verordnungen einheitlich geregelt werden.
- **Gesamte Produktregulierung bei Einführung des digitalen Produktpasses berücksichtigen:** Nur bei richtiger Ausgestaltung kann der Informationsfluss über den gesamten Produktlebenszyklus gefördert werden. Dies muss dezentral, sektorspezifisch und mit Daten auf ‚need-to-know‘-Basis erfolgen. Unbedingt vermieden werden muss aus unserer Sicht die Mehrfachablage von Daten. Stattdessen müssen Schnittstellen zu existierenden Datenbanken, u. a. SCIP und EPREL, eingerichtet werden.
- **Rezyklateinsatzquoten realistisch gestalten:** Die Mengenverfügbarkeit von Rezyklaten muss sichergestellt sein. Die ausreichende und verlässliche Qualität bedarf harmonisierter Normen. Unterschiedliche ökologische und technische Implikationen erfordern produktspezifische Regelungen.

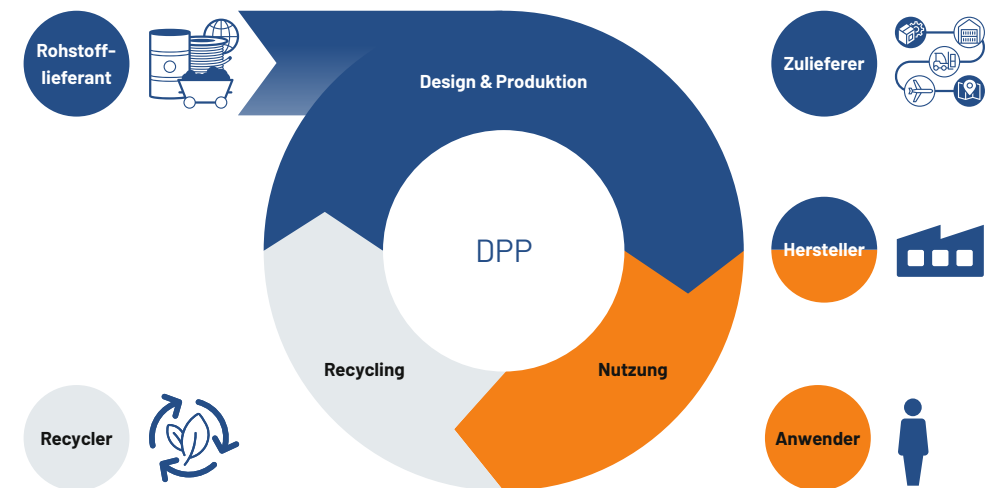
## Beim Emissionsschutz ambitionierte Ziele und industrielle Produktion in Einklang bringen

- **Emissionsschutz muss industrielle Produktion weiterhin ermöglichen:** Die EU verfügt über ambitionierte Grenzwerte für Luft- und Gewässeremissionen. Neue Grenzwerte sollten durch die Industrie umsetzbar sein und erst erlassen werden, wenn bestehende Grenzwerte EU-weit umgesetzt sind.
- **Keine Überfrachtung:** Emissionsregulierung für industrielle Luftschadstoffe sollten anlagenbezogen geregelt und nicht mit konkurrierenden Zielen wie z. B. Treibhausgasreduzierung überfrachtet werden.
- **Einheitliche Berechnungen:** Berechnungen zu betrieblichen CO<sub>2</sub>-Reduzierungen und zum CO<sub>2</sub>-Fußabdruck sollten EU-weit einheitlich geregelt werden.

## Bei EU-Taxonomie Technologien der Elektro- und Digitalindustrie stärker berücksichtigen

- **Elektro- und Digitalindustrie in Taxonomie besser berücksichtigen:** Unsere Branche wird in der EU-Taxonomie als Schlüsselindustrie für die grüne Transformation zwar anerkannt. Noch fehlen in der Taxonomie allerdings Wirtschaftsaktivitäten, wie beispielsweise Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz. Außerdem sollte die Rolle digitaler Lösungen berücksichtigt werden, da diese den Weg zu einer nachhaltigen Wirtschaft erst ermöglichen.
- **Anforderungen realistisch gestalten:** Nur wenn der Aufwand für die Unternehmen angemessen ist und die EU konkrete Hilfestellungen wie FAQs bereitstellt, wird die EU-Taxonomie erfolgreich sein. Nach dieser Richtschnur – praktikabel und klar – sollten die Anforderungen der EU-Taxonomie kritisch überprüft werden. So sollten beispielsweise grüne Technologien nicht als „nicht konform“ eingestuft werden, weil einzelne Produktionsstoffe die Taxonomie-Anforderungen nicht erfüllen. Auch die geforderte Granularität der Datenerhebung ist nicht praxisnah, da relevante Informationen häufig von Dritten wie Zulieferern erhoben werden müssen.

## Mehrwert des digitalen Produktpasses (DPP) während des gesamten Produktlebenszyklus



Quelle: ZVEI/Siemens





ZVEI e. V. • Verband der Elektro- und Digitalindustrie  
Lyoner Str. 9 • 60528 Frankfurt am Main

Lobbyregisternr.: R002101 • EU Transparenzregister ID: 94770746469-09  
[www.zvei.org](http://www.zvei.org)

Stand: April 2024